

Bähr
Handbuch des Versicherungsaufsichtsrechts

Handbuch des Versicherungsaufsichts- rechts

Herausgegeben von

Dr. Gunne W. Bähr

Rechtsanwalt in Köln

2. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Bähr VAG-HdB/Bearbeiter § ... R.n. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 74082 4

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Versicherungsaufsichtsrecht hat sich in Europa und in Deutschland in den letzten Jahren fast exponentiell weiter entwickelt und man mag angesichts der Aufsichtspraxis daran zweifeln, dass das tradierte Verständnis einer an Recht und Gesetz gebundenen Aufsicht heute noch uneingeschränkt gilt, so stark sind die aufsichtspolitischen Einflüsse aus Europa. Terminologisch findet dies seinen Anklang darin, dass immer seltener von Aufsichtsrecht gesprochen wird als vielmehr von Regulatorik. Diese erfasst auch zwanglos die Durchsetzung von aufsichtspolitischen Zielsetzungen, etwa Geschäftsmodelle von Versicherungsunternehmen auf den Prüfstand zu stellen oder eine Wohlverhaltensaufsicht einzuführen.

Diese Entwicklung folgt den Gegebenheiten, die sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und im Vereinigten Königreich seit vielen Jahrzehnten beobachten lassen. Dort gibt es schon seit langer Zeit ein eigenständiges Rechtsgebiet, das als „Insurance Regulatory Law“ oder „Insurance Regulation“ bezeichnet wird. Als ich zur Jahrtausendwende meine Wahlstation bei Linklaters am Londoner Standort absolvierte, war diese (hohe) Spezialisierung auf Insurance Regulation neu für mich und das FSA Handbook mit seinen über 2.000 Seiten schwer fassbar – obwohl ich im Versicherungsaufsichtsrecht promoviert hatte und damit ein gewisses Grundverständnis für aufsichtsrechtliche Regelwerke hatte. In Deutschland zurück beobachtete ich in den ersten Jahren meiner Praxis als Rechtsanwalt, dass die versicherungsaufsichtsrechtlichen Themen in den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen in aller Regel „inhouse“ bearbeitet wurden, vielfach ohne externe juristische Unterstützung. Meist hielt der Rechtsabteilungsleiter/General Counsel den Kontakt zum damaligen Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) bzw. ab Mai 2002 zur Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und traf Abstimmungen mit der Aufsichtsbehörde.

Über die Jahre seit der Jahrtausendwende hat sich dies insoweit verändert, als sich der aufsichtsrechtliche Rahmen auch in Deutschland immer stärker verdichtet hat, die Aufsicht strenger wurde und ihr Eingriffsinstrumentarium, etwa gegenüber Geschäftsleitern, intensiv nutzte. Nicht zuletzt die Anwendung der Eingriffsbefugnisse wie in der Bankenaufsicht sowie die Zusammenlegung der Versicherungs- insbesondere mit der Bankenaufsicht hat dazu geführt, dass die Bedeutung aufsichtsrechtlicher Themen kontinuierlich in Deutschland zugenommen hat. Wie auch in den Versicherungsunternehmen in den Vereinigten Staaten und im Vereinigtem Königreich hat sich in der Rechtspraxis der europäischen Unternehmen eine selbständige Bedeutung herausgebildet, die sich auch daran ablesen lässt, dass sich Inhouse-Anwälte von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen, aber auch von großen Maklerunternehmen ausschließlich mit aufsichtsrechtlichen Themen und dem Verhältnis zur Aufsichtsbehörde beschäftigen. Versicherungsunternehmen sind heute vielfach dazu übergegangen, ein „BaFin-Office“ einzurichten, das die Kommunikation mit der BaFin steuert, aber auch die aufsichtsrechtlichen Themen insgesamt für das Unternehmen oder die Gruppe betreut.

Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass das Versicherungsaufsichtsrecht heute Teil einer überbordenden Industrieregulierung geworden ist. Die Umsetzung der weitreichenden europäischen Richtlinienvorgaben, aber auch das europäische Verordnungsrecht und die Ausführungsbestimmungen vor allem der EIOPA haben dazu geführt, dass man heute von einem „regulierten“ Versicherungssektor spricht. Der Regulierungsrahmen aus europäischen und nationalen Vorgaben hat sich in den letzten drei Jahrzehnten in einem Maße entwickelt, dass der Stand der einschlägigen Vorgaben manchmal nur schwer zu ermitteln ist. Obwohl der Ursprung des europäischen Regelwerks Solvency II zunächst auch darauf gerichtet war, den Rechtsrahmen für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen durch einen prinzipienbasierten Ansatz zu verschlanken und den Unternehmen mehr Frei-

raum für eigene risikobasierte Entscheidungen zu gewähren, ist doch das Gegenteil eingetreten: Die Komplexität der neuen „Regulatorik“ für die Versicherungsindustrie ist so hoch, dass diese zu Einschränkungen der Unternehmensfreiheit führt. In Deutschland wird dies zu einer Konsolidierung bei kleineren und mittleren Versicherungsunternehmen führen.

Bei aller Komplexität der regulatorischen Vorgaben aus Europa darf nicht aus dem Blick geraten, sondern muss im Gegenteil kontinuierlich in Erinnerung gerufen und herausgearbeitet werden, dass das Versicherungsaufsichtsrecht Teil des Besonderen Wirtschaftsverwaltungsrechts ist, das durch Verfassungsvorgaben wie Grundrechte, Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geprägt ist. Auch wenn in der Regulatorik des europäischen Aufsichtsrechts die richtlinienkonforme Auslegung und der europäische Kontext immer mehr an Gewicht gewonnen haben, ist die Einbettung des Versicherungsaufsichtsrechts in das Wirtschaftsverwaltungsrecht mit allen Maßgaben des Verfassungsrechts zu beachten. Dies ist auch in der Praxis der Abstimmung zu aufsichtsrechtlichen Themen gegenüber der Aufsichtsbehörde zu betonen. Dem Vernehmen nach berufen sich darauf auch Referenten der Aufsichtsbehörde gegenüber europäischen Institutionen, namentlich der EIOPA. Gleichwohl scheint dort der rechtsgestaltende Wille und der Wunsch, übergreifende aufsichtspolitische Ziele durchzusetzen, stärker ausgeprägt zu sein. Das lässt sich etwa daran ablesen, dass EIOPA eine Wohlverhaltensaufsicht auch für die Produktgestaltung eingeführt hat – dies ist nicht unproblematisch, denn es hätte dafür einer Entscheidung des Gesetzgebers bedurft.

Die erste Auflage dieses Handbuchs erschien 2010 und damit vor Umsetzung der Solvabilität II-Richtlinie. Die im Vorwort zur ersten Auflage aufgeworfene Frage, ob dem Gesetzgeber in Deutschland mit dem Umsetzungsgesetz ein großer Wurf gelingen wird (bzw. aus heutiger Perspektive: gelungen ist), wird in Fachkreisen unterschiedlich beurteilt. Einerseits lässt sich sagen, dass das Versicherungsaufsichtsgesetz neu und klarer strukturiert wurde. Das Gesetz ist allerdings in seinem Umfang stark angewachsen, sowohl die Paragrafenzahl als auch der Gesetzestext haben sich mehr als verdoppelt. Andererseits kann nicht verschwiegen werden, dass leider mancher alte Zopf des tradierten Versicherungsaufsichtsrechts nicht abgeschnitten wurde wie etwa die Regelung zur Holdingaufsicht.

Umso wichtiger ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht in seiner Gänze systematisch darzustellen und die Bezüge zu den unterschiedlichen Regelungsbereichen des Aufsichtsrechts im Kontext der europäischen Vorgaben herzustellen. Das ist der Zweck dieses Handbuchs, das für die Anwendung des Versicherungsaufsichtsrechts praxisbezogene Hilfestellungen geben soll.

Diese zweite Auflage ist wiederum in verschiedene Teile gegliedert: Grundlegung, Zulassungsaufsicht, laufende Aufsicht, Finanzverfassung von Versicherungsunternehmen und Finanzaufsicht, Aufsicht über Lebensversicherungsunternehmen, Aufsicht über VVaG, Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen und Versicherungszweckgesellschaften und schließlich Erstreckung der Versicherungsaufsicht auf Pensionskassen und Sonstige, einschließlich InsurTechs.

Ergänzungen um weitere Kapitel sind für eine Folgeauflage geplant. Anregungen aus der Praxis sind daher willkommen. Herausgeber und Verlag hoffen, mit der zweiten Auflage des Handbuchs allen mit diesem Rechtsgebiet Befassten eine nutzbringende Handreichung zur Bewältigung der am häufigsten auftretenden praktischen Probleme zu geben.

Das Werk bildet grundsätzlich den Gesetzesstand zum Jahreswechsel 2024/2025 ab. Soweit ein Beitrag einen früheren Rechtsstand wiedergibt, wurde dies kenntlich gemacht. In einigen Fällen konnten aber auch aktuelle Entwicklungen bis Frühjahr oder gar Sommer 2025 berücksichtigt werden.

Allen Autorinnen und Autoren wird herzlich für Ihre Mitwirkung gedankt, besonders da sie die mit der Erstellung des Werks verbundenen Aufgaben zusätzlich zu ihren beruflichen Herausforderungen auf sich genommen haben.

Bearbeiterverzeichnis

<i>Thorsten Arhold</i> , Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn*	§§ 26, 36
<i>Dr. Christian Armbrüster</i> , o. Professor an der Freien Universität Berlin, Richter am KG a.D., Berlin	§ 14
<i>Dr. Biner Bähr</i> , Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, White & Case LLP, Düsseldorf	§ 21 (gemeinsam mit <i>G. Bähr</i>)
<i>Dr. Gunne W. Bähr</i> , Rechtsanwalt, DLA Piper, Köln	§ 4; § 5 (gemeinsam mit <i>Lemmer</i>); § 15; § 21 (gemeinsam mit <i>B. Bähr</i>)
<i>Manuel Baroch Castellvi</i> , Rechtsanwalt, DLA Piper, Köln	§ 27
<i>Dr. Jürgen Bürkle</i> , Rechtsanwalt, Partner, BRP Renaud und Partner, Stuttgart	§ 10; § 16 (gemeinsam mit <i>Scheel</i>)
<i>Dr. Panos Charissiadis</i> , Senior Manager, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München	§ 3 (gemeinsam mit <i>Schmidpeter</i>)
<i>Dr. Carl-Philipp Eberlein</i> , Rechtsanwalt, Hengeler Mueller, Düsseldorf	§ 25 (gemeinsam mit <i>Wilm</i>)
<i>Hergen Eilert</i> , Ass. iur., Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn*	§ 7
<i>Kay Uwe Erdmann</i> , Rechtsanwalt, axis Beratungsgruppe, Köln	§ 35
<i>Thomas Fiedler</i> , Rechtsanwalt, Leiter Recht und Compliance, Hannover Rück SE, Hannover	§ 32
<i>Dr. Dr. Hermann Geiger</i> , Mitglied der Geschäftsleitung, Swiss Re AG, Zürich	§ 31 (gemeinsam mit <i>Salfer</i>)
<i>Andreas Glaser</i> , Partner Reinsurance Europe SE, Zürich	§ 33
<i>Dr. Kai Goretzky</i> , Rechtsanwalt, Dentons, Frankfurt a. M.	§ 11
<i>Thomas Grüntker</i> , Mitglied der Geschäftsführung, S-Pension Management GmbH, Köln	§ 22 (gemeinsam mit <i>Leffler</i>)
<i>Dr. Helge Hartig</i> , Leiter Gesellschaftsrecht-, Aufsichts- und öffentliches Wirtschaftsrecht, ERGO Group AG, Düsseldorf	§ 13
<i>Katharina Hartwig</i> , Group Legal, Allianz SE, München	§ 23
<i>Dr. Stephanie Honnefelder</i> , Europäisches Parlament, Brüssel*	§ 2

* Die Ausführungen geben die persönliche Auffassung der Autorin/des Autors wieder.

Bearbeiterverzeichnis

<i>Dr. Tim Horak</i> , Rechtsanwalt, München	§ 20
<i>Dieter Kipp</i> , zeb.rolfes.schierenbeck.associates GmbH, Münster	§ 42 B
<i>Dr. Gerrit Jan Krämer</i> , Rechtsanwalt, Allianz, München ..	§§ 12, 19
<i>Reinhard Laars</i> , Ass. iur., Bundesanstalt für Finanzdienst- leistungsaufsicht, Bonn*	§§ 39, 40
<i>Dr. Hubertus Labes</i> , Rechtsanwalt, Hamburg	§ 34
<i>Dr. Kristina Leffler</i> , Rechtsanwältin, Solicitor np (England & Wales) leffler schmitt Rechtsanwälte, München	§ 22 (gemeinsam mit <i>Grüntker</i>)
<i>Dr. Volker Lemmer</i> , Rechtsanwalt, DLA Piper, Köln	§ 5 (gemeinsam mit <i>G. Bähr</i>); § 38
<i>Dr. Petra Pohlmann</i> , o. Professorin an der Universität Münster, Münster	§ 42 A, C, D
<i>Inka Prothmann</i> , Ass. iur., Bundesamt für Soziale Sicherheit, Bonn*	§ 18 (gemeinsam mit <i>Püttgen</i>)
<i>Dr. Frank Püttgen</i> , Rechtsanwalt, KPMG Law, Köln	§ 18 (gemeinsam mit <i>Prothmann</i>)
<i>Peter Rabauer</i> , Gruppenleiter Legal, Syndikusrechts- anwalt, Kirchheim	§ 30
<i>Wolfgang Rüdert</i> , Rechtsanwalt, Köln	§ 17
<i>Karl Salfer</i> , Group Legal, Swiss Re AG, Zürich	§ 31 (gemeinsam mit <i>Geiger</i>)
<i>Dr. Hansjörg Scheel</i> , Rechtsanwalt, Gleiss Lutz, Stuttgart ...	§ 16 (gemeinsam mit <i>Bürkle</i>)
<i>Dr. Wolf-Rüdiger Schenke</i> , em. o. Professor an der Universität Mannheim, Mannheim	§ 1
<i>Ferdinand Schmidpeter</i> , Business Consultant, CGI Deutschland B. V. & Co. KG, München	§ 3 (gemeinsam mit <i>Charissiadis</i>)
<i>Stephan Schöps</i> , Regierungsdirektor, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn*	§ 9
<i>Dr. Siddhartha Schwenzler</i> , Rechtsanwalt, Leiter Konzern- recht/Compliance, VHV Vereinigte Hannoversche Versicherung a. G., Hannover	§ 29
<i>Dr. Anke Wäclawik</i> , Ass. iur., Bundesanstalt für Finanz- dienstleistungsaufsicht, Bonn*	§ 6
<i>Holger Weustenfeld</i> , Regierungsdirektor, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn*	§ 41
<i>Dr. Daniel Wilm</i> , Rechtsanwalt, Hengeler Müller, Düsseldorf	§ 25 (gemeinsam mit <i>Eberlein</i>); § 28
<i>Michael Witke</i> , Regierungsdirektor, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn*	§ 24

* Die Ausführungen geben die persönliche Auffassung der Autorin/des Autors wieder.

Dr. Martin Wolf, Rechtsanwalt, Generali Deutschland
AG, Köln § 37

Dr. Carsten Zeides, Rechtsanwalt, Generali Deutschland
AG, München § 8

Ausgeschiedene Autoren

Dr. Sven Deckers § 38

Philip Heitmann § 22

Detlev Kaulbach § 5

Benedikt Laudage § 33

Ramon Platt § 24

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVII

Teil 1. Grundlegung

§ 1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Versicherungsaufsichtsrechts	1
§ 2. Europarechtliche Grundlagen	25
§ 3. Internationale Entwicklungen bei globalen Aufsichtsstandards für Versicherungsunternehmen	59

Teil 2. Die Zulassungsaufsicht über Versicherungsunternehmen

§ 4. Betrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften	95
§ 5. Erlaubnisverfahren – Grundlegung	143
§ 6. Zuverlässigkeit und fachliche Eignung von Geschäftsleitern und Personen mit Schlüsselfunktionen	169
§ 7. Verbot versicherungsfremder Geschäfte	187
§ 8. Zulassungsfragen bei Versicherungsgeschäften über Niederlassungen oder im Dienstleistungsverkehr innerhalb des EU-/EWR-Raumes	205
§ 9. Aufsicht über Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit Sitz in Drittstaaten	223

Teil 3. Laufende Aufsicht über Versicherungsunternehmen

§ 10. Governance von Versicherungsunternehmen	249
§ 11. Outsourcing durch Versicherungsunternehmen	293
§ 12. Risikomanagement von Versicherungsunternehmen	357
§ 13. Vergütung	385
§ 14. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsleiter von Versicherungsunternehmen	421
§ 15. Laufende Überwachung von Geschäftsleitern und Personen mit Schlüsselfunktionen von Versicherungsunternehmen	463
§ 16. Der Aufsichtsrat von Versicherungsunternehmen	493
§ 17. Bestandsübertragungen	577
§ 18. Compliance im Vertrieb und Zusammenarbeit mit Versicherungsvermittlern	621
§ 19. Versicherungsgruppen- und Finanzkonglomerate-Aufsicht	669
§ 20. Versicherungsunternehmen im Financial Distress – Wege aus der Krise	703
§ 21. Krise und Insolvenz von Versicherungsunternehmen	749

Teil 4. Finanzverfassung von Versicherungsunternehmen und Finanzaufsicht

§ 22. Kapitalanlagevorschriften	783
§ 23. Eigenmittel	853
§ 24. Rechnungslegung und Berichtspflichten gegenüber der Aufsicht	881
§ 25. Unternehmensverträge	909
§ 26. Interne Modelle; Antragsverfahren	929

Inhaltsübersicht

Teil 5. Lebensversicherungsunternehmen	
§ 27. Einfluss des Aufsichtsrechts auf Lebensversicherungsprodukte	953
Teil 6. Aufsicht über Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	
§ 28. Organisationsverfassung des VVaG	985
§ 29. Finanzverfassung des VVaG	1055
§ 30. Corporate Governance und Corporate Compliance im VVaG	1085
Teil 7. Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen und Versicherungs-Zweckgesellschaften	
§ 31. Zulassungsaufsicht über Rückversicherungsunternehmen	1115
§ 32. Laufende Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen	1143
§ 33. Finanzrückversicherung	1171
§ 34. Übertragung von Rückversicherungsbeständen	1197
§ 35. Rückversicherungen im Run-Off	1219
§ 36. Versicherungs-Zweckgesellschaften	1235
Teil 8. Erstreckung der Versicherungsaufsicht auf Pensionskassen und Sonstige	
§ 37. Versicherungs-Holdinggesellschaften	1273
§ 38. Inhaberkontrolle	1297
§ 39. Pensionskassen	1317
§ 40. Pensionsfonds	1349
§ 41. Sicherungsfonds	1367
§ 42. InsurTechs	1395
Sachverzeichnis	1443

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVII

Teil 1. Grundlegung

§ 1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Versicherungsaufsichtsrechts	1
A. Einführung	2
B. Die Kompetenz des Bundes zur Regelung des Versicherungsaufsichtsrechts und zur Errichtung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen	2
C. Rechtsstaatliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Versicherungsaufsichtsrechts	3
D. Allgemeine grundrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Versicherungsaufsicht	6
E. Staatliche Haftung bei Verletzungen von Versicherungsaufsichtspflichten	19
§ 2. Europarechtliche Grundlagen	25
A. Einleitung	27
B. Europarechtliche Rechtsquellen der Aufsicht: Die Rolle der europäischen Grundprinzipien und -freiheiten	29
C. Europarechtliche Rechtsquellen der Aufsicht: Historische Entwicklung der europäischen Versicherungsaufsicht	35
D. Praktische Auswirkungen europarechtlicher Vorgaben auf die Versicherungsaufsicht	47
E. Rechtssetzungsverfahren	50
F. Ausblick	56
§ 3. Internationale Entwicklungen bei globalen Aufsichtsstandards für Versicherungsunternehmen	59
A. Vorbemerkungen	60
B. Entwicklungen beim Finanzstabilitätsrat (FSB) und in der International Association of Insurance Supervisors (IAIS)	61
C. Systemrelevanz von Versicherungsunternehmen	68
D. Beaufsichtigung international tätiger Versicherungsgruppen	79
E. Klimawandel als systemisches Risiko	88

Teil 2. Die Zulassungsaufsicht über Versicherungsunternehmen

§ 4. Betrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften	95
A. Der Aufsichtstatbestand „Betrieb von Versicherungsgeschäften“ nach dem VAG	97
B. Betrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften durch Versicherungsunternehmen mit Sitz im Inland	107
C. Betrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften im Inland durch Versicherungsunternehmen mit Sitz in anderen EU-/EWR- Staaten	125
D. Betrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften im Inland durch (gemischte) Versicherungsunternehmen mit Sitz in Drittstaaten ..	127

E. Exkurs: Betrieb von Versicherungsgeschäften im Vereinigten Königreich durch Versicherungsunternehmen mit Sitz in Deutschland (bzw. in EU-/ EWR-Staaten)	135
F. Unbefugte Geschäftstätigkeit	136
§ 5. Erlaubnisverfahren – Grundlegung	143
A. Vorbemerkungen	144
B. Voraussetzungen der Erlaubnis im Einzelnen	147
C. Versagungsgründe	159
D. Genehmigungspflichtige Änderungen des Geschäftsplans und der Unternehmensverträge (§ 12 VAG)	163
E. Umfang und Widerruf der Erlaubnis	165
§ 6. Zuverlässigkeit und fachliche Eignung von Geschäftsleitern und Personen mit Schlüsselfunktionen	169
A. Überblick	169
B. Einzelfragen	171
§ 7. Verbot versicherungsfremder Geschäfte	187
A. Grundlagen	188
B. Auslegung des § 15 Abs. 1 S. 1 VAG	192
C. Ausgewählte Fallgruppen	197
§ 8. Zulassungsfragen bei Versicherungsgeschäften über Niederlassungen oder im Dienstleistungsverkehr innerhalb des EU-/EWR-Raumes	205
A. Zulassung im Sitzstaat und Anmeldeverfahren	206
B. Abgrenzung von Dienstleistungs- und Niederlassungsverkehr	211
§ 9. Aufsicht über Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit Sitz in Drittstaaten	223
A. Einleitung	224
B. Erlaubniserteilungsverfahren	232
C. Laufende Aufsicht	245
D. Sonderfall Schweiz	246
Teil 3. Laufende Aufsicht über Versicherungsunternehmen	
§ 10. Governance von Versicherungsunternehmen	249
A. Einleitung	251
B. Entwicklung und Bedeutung	252
C. Regulierungsebenen	253
D. Übergeordnete unionsrechtliche Wertungen	259
E. Rechtliche Anforderungen	263
§ 11. Outsourcing durch Versicherungsunternehmen	293
A. Wirtschaftlicher Hintergrund und Bedeutung	296
B. Rechtsgrundlagen und Überblick	296
C. Anwendungsbereich	298
D. Regelungszwecke der Vorschriften	299
E. Outsourcing von Geschäftsvorfällen	301
F. Dokumentations- und Berichtspflichten	314
G. Sicherungs- und Kontrollrechte des Versicherungsunternehmens	315
H. Ausgewählte Themen	323
I. Rechte und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden	351
§ 12. Risikomanagement von Versicherungsunternehmen	357
A. Einleitung	358

B. Rechtliche Grundlagen	359
C. Anwendungsbereich	361
D. Inhaltliche Anforderungen	364
E. Eingriffsbefugnisse der BaFin	380
F. Gruppendimension	383
§ 13. Vergütung	385
A. Einleitung	386
B. Regulierung der Vergütung	390
C. Vergütungsanforderungen für Nicht-Solvabilität-II-Unternehmen	417
§ 14. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsleiter von Versicherungsunternehmen	421
A. Überblick	423
B. Aktiengesellschaft	428
C. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	460
D. Öffentlich-rechtliche Versicherer	461
§ 15. Laufende Überwachung von Geschäftsleitern und Personen mit Schlüsselfunktionen von Versicherungsunternehmen	463
A. Einführung	464
B. Gründe für die zunehmende Bedeutung der Personenkontrolle im Versicherungswesen	465
C. Personenkontrolle im Rahmen der Zulassungsaufsicht nach § 24 VAG ..	468
D. Personenkontrolle im Rahmen der laufenden Aufsicht	474
E. Ergebnis und Ausblick	491
§ 16. Der Aufsichtsrat von Versicherungsunternehmen	493
A. Einleitung	497
B. Zusammensetzung	498
C. Voraussetzungen	500
D. Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder	518
E. Vorzeitige Zwangsbeendigung der Aufsichtsratsmitgliedschaft	523
F. Aufgaben des Aufsichtsrats	525
G. Überwachung der Aufsichtsrats Tätigkeit durch die BaFin	548
H. Sanktionen	550
I. Vergütung	571
§ 17. Bestandsübertragungen	577
A. Einleitung	579
B. Anwendungsbereich des § 13 VAG	581
C. Gesellschafts- und arbeitsrechtliche Zustimmung- oder Mitwirkungsrechte	587
D. Inhalt des Vertrages, Formvorschriften	591
E. Genehmigung	597
F. Grenzüberschreitende Bestandsübertragungen	608
G. Umwandlungen von Versicherern	613
H. Bestandsübertragung und Umsatzsteuer	619
§ 18. Compliance im Vertrieb und Zusammenarbeit mit Versicherungsvermittlern	621
A. Einführung	623
B. Compliance und Versicherungsvertrieb	623
C. Beteiligte am Versicherungsvertrieb	628
D. Anforderungen an Compliance im Versicherungsvertrieb	635
§ 19. Versicherungsgruppen- und Finanzkonglomerate-Aufsicht	669
A. Einleitung	670

B. Versicherungsgruppen-Aufsicht	673
C. Finanzkonglomerate-Aufsicht	690
§ 20. Versicherungsunternehmen im Financial Distress – Wege aus der Krise	703
A. Einleitung	703
B. Reduzierung der Risiken	706
C. Kapitalerhaltungsmaßnahmen	737
D. Erhöhung der anrechenbaren Eigenmittel	740
E. Zusammenfassung und Thesen	744
§ 21. Krise und Insolvenz von Versicherungsunternehmen	749
A. Einführung	750
B. Das aufsichtsbehördliche „Vorverfahren“	753
C. Das Insolvenzverfahren	768
D. Fazit	781
Teil 4. Finanzverfassung von Versicherungsunternehmen und Finanzaufsicht	
§ 22. Kapitalanlagevorschriften	783
A. Einleitung	785
B. Rahmenbedingungen	786
C. Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht (Prudent Person Principle) ..	795
D. Sicherungsvermögen und Treuhänder	814
E. Anforderungen an die Kapitalanlagen von Pensions- und Sterbekassen, Pensionsfonds und kleinen Versicherungsunternehmen	819
§ 23. Eigenmittel	853
A. Einführung	853
B. Anrechenbare Eigenmittel eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens	856
§ 24. Rechnungslegung und Berichtspflichten gegenüber der Aufsicht ...	881
A. Allgemeines	882
B. Rechnungslegung gegenüber der Öffentlichkeit	884
C. Die Berichterstattung gegenüber der Aufsichtsbehörde	899
§ 25. Unternehmensverträge	909
A. Überblick	910
B. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	910
C. Aufsichtsrechtliche Behandlung	914
§ 26. Interne Modelle; Antragsverfahren	929
A. Einführung	929
B. Arten von internen Modellen	931
C. Antragsverfahren	936
D. Entscheidung der Aufsicht	950
E. Interne Leitlinien zur Änderung des internen Modells	952
Teil 5. Lebensversicherungsunternehmen	
§ 27. Einfluss des Aufsichtsrechts auf Lebensversicherungsprodukte	953
A. Einleitung	954
B. Abschnitt zur Lebensversicherung im VAG (§§ 138–145 VAG)	955
C. Aufsichtsrecht der Lebensversicherung außerhalb der §§ 138–145	961
D. Vertragsrecht der Lebensversicherung mit Bezügen zum Aufsichtsrecht ..	971

Teil 6. Aufsicht über Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

§ 28. Organisationsverfassung des VVaG	985
A. Einleitung	988
B. Rechtsnatur und Gründung des VVaG	988
C. Mitglieder und Mitgliedschaft im VVaG	997
D. Organe des VVaG	1012
E. Überblick: Konzernstrukturen und Strukturmaßnahmen im VVaG	1037
§ 29. Finanzverfassung des VVaG	1055
A. Einleitung	1056
B. Gründungsstock	1061
C. Organisationsfonds	1070
D. Verlustrücklage	1070
E. Beiträge	1072
F. Überschussverteilung	1080
G. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten	1082
§ 30. Corporate Governance und Corporate Compliance im VVaG	1085
A. Einleitung	1086
B. Großer VVaG und kleinerer VVaG	1088
C. Corporate Governance und Corporate Compliance	1093

**Teil 7. Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen und
Versicherungs-Zweckgesellschaften**

§ 31. Zulassungsaufsicht über Rückversicherungsunternehmen	1115
A. Einführung	1116
B. Erlaubnispflicht	1120
C. Erlaubnisvoraussetzungen	1127
D. Erteilung der Erlaubnis	1136
§ 32. Laufende Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen	1143
A. Einleitung	1144
B. Laufende Rechts- und Finanzaufsicht	1146
§ 33. Finanzrückversicherung	1171
A. Übersicht	1172
B. Risikotransfer und unternehmensinterne Kriterien	1181
C. Risikotransferfest: quantitative und qualitative Anforderungen	1186
D. Zusätzliche Anforderungen an Finanzrückversicherungsverträge	1194
§ 34. Übertragung von Rückversicherungsbeständen	1197
A. Einführung	1197
B. Übertragung von Rückversicherungsbeständen	1198
§ 35. Rückversicherungen im Run-Off	1219
A. Einleitung	1219
B. Der Umfang der Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen im Run-Off	1220
C. Der Widerruf der Erlaubnis für das Rückversicherungsgeschäft	1221
D. Firmierung des Rückversicherungsunternehmens im Run-Off	1224
E. Änderungen des Tätigkeitsplans des Rückversicherungsunternehmens im Run-Off	1226
F. Dienstleistungstätigkeit eines Rückversicherungsunternehmens im Run-Off	1226
G. Risikomanagement bei einem Rückversicherungsunternehmen im Run-Off	1228
H. Die Verschlechterung der finanziellen Lage im Run-Off	1229

§ 36. Versicherungs-Zweckgesellschaften	1235
A. Einführung	1237
B. Funktionsweise einer Versicherungs-Zweckgesellschaft	1241
C. Zweckgesellschaften unterliegen Aufsicht	1245
D. Aufsichtsrechtliche Anerkennung von Forderungen an Versicherungs-Zweckgesellschaften	1260
E. Steuerrechtliche Behandlung einer Versicherungs-Zweckgesellschaft in Deutschland	1266
F. Besonderheiten im Bereich der Lebensversicherung	1269
 Teil 8. Erstreckung der Versicherungsaufsicht auf Pensionskassen und Sonstige	
§ 37. Versicherungs-Holdinggesellschaften	1273
A. Entstehungsgeschichte, Rechtsquellen und Zielrichtung	1274
B. Anwendungsbereich	1276
C. Die Rechtsfolgen der Aufsicht – Pflichtenstatus und Aufsichtsinstrumente	1281
§ 38. Inhaberkontrolle	1297
A. Einführung	1298
B. Anwendungsbereich	1301
C. Prüfungsmaßstab	1306
D. Verfahren	1312
§ 39. Pensionskassen	1317
A. Einleitung	1319
B. Geschichte der Pensionskassen	1319
C. Definition der Pensionskasse	1323
D. Rechtsformen	1330
E. Arten der Pensionskasse	1332
F. Besonderheiten beim Geschäftsplan einer Pensionskasse	1333
G. Besonderheiten im Aufsichtsrecht	1337
H. Grenzüberschreitende Tätigkeit von Pensionskassen	1345
I. Fazit	1348
§ 40. Pensionsfonds	1349
A. Einleitung	1350
B. Historie der Pensionsfonds	1351
C. Definition	1352
D. Weitere Besonderheiten im Aufsichtsrecht	1359
E. Grenzüberschreitende Tätigkeit von Pensionsfonds	1365
F. Fazit	1365
§ 41. Sicherungsfonds	1367
A. Hintergründe und Entstehung der Sicherungsfonds	1368
B. Die Regelungen der §§ 221 ff. VAG im Einzelnen	1374
C. Europäische Entwicklungen – Insurance Guarantee Schemes	1391
D. Fazit	1394
§ 42. InsurTechs	1395
A. Einleitung	1397
B. InsurTechs im deutschen Markt	1398
C. Aufsicht über InsurTechs	1406
 Sachverzeichnis	 1443